



**Friedrich-Friesen-Stiftung**  
Konservative Arbeitsblätter  
Beitrag II  
Februar 2018

**Friedrich-Friesen-**  
Stiftung



**Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern in der  
BRD nach Herkunftsgruppen**

Jan Moldenhauer

# Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern in der BRD nach Herkunftsgruppen

Jan Moldenhauer

Eine Meta-Analyse über die volkswirtschaftliche, fiskalische und sozialstaatliche Kosten-Nutzen-Bilanz der Zuwanderung in die BRD zeigt, dass die Zuwanderer Deutschland und sein Staatsvolk entgegen anderslautender Behauptungen per Saldo keinesfalls ökonomisch bereichern, sondern entreichen (Moldenhauer 2018). Natürlich sind die in Deutschland ansässigen Zuwanderer weder in ethnischer, kultureller und religiöser, noch in ökonomischer Hinsicht ein homogener Block. Während manche Zuwanderergruppen im ökonomischen Kontext aufgrund ihrer relativ hohen Erwerbsquote per Saldo einen positiven fiskalischen und sozialstaatlichen Beitrag leisten, ist der Beitrag zahlreicher anderer Gruppen per Saldo negativ.

Dennoch tendieren die politischen, wissenschaftlichen und medialen Funktionsebenen der BRD dazu, Zuwanderer in Bezug auf deren Arbeitsmarktintegration und den damit verbundenen volkswirtschaftlichen Beitrag als homogene Masse darzustellen. Von der Politik in Auftrag gegebene Studien differenzieren im Regelfall nicht zwischen divergierenden volkswirtschaftlichen, fiskalischen bzw. sozialstaatlichen Beiträgen ethnischer, kultureller und religiöser Herkunftsgruppen. Sarrazin (2010: 260f.) verweist exemplarisch auf den 'Integrationsbericht 2009' der Bundesregierung, der auf die erwerbsfähige Zuwandererpopulation insgesamt abhebt und Unterschiede bezüglich der ökonomischen und gesellschaftlichen 'Integration' bzw. Assimilation einzelner Zuwanderergruppen negiert. Die mangelnde Differenzierung ist politisch gewollt.<sup>1</sup> Diese im Sinne wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnisgewinns unbefriedigende Praxis wird von den BRD-Leitmedien bei der Rezeption entsprechender Studien nicht kritisiert, sondern im Regelfall wohlwollend beschwiegen.

Zur Analyse des ökonomischen Nutzens von Zuwanderung nach Deutschland werden nachfolgend verfügbare differenzierende Studien, Statistiken und Stellungnahmen über die Arbeitsmarktintegration und den damit verbundenen volkswirtschaftlichen, fiskalischen und sozialstaatlichen Beitrag verschiedener Zuwanderergruppen seit Mitte der 2000er Jahre chronologisch aufbereitet (1.). Auf dieser Grundlage erfolgt eine Kosten-Nutzen-Bilanz für ethnische, kulturelle und religiöse Zuwanderergruppen in der BRD (2.).

## 1. Arbeitsmarktintegration von Zuwanderergruppen

2004

Im Jahre 2004 beschrieb Giovanni di Lorenzo (2004), Chefredakteur der linksliberalen *Zeit*, das Problem der ungenügenden 'Integration' von Türken in den deutschen Arbeitsmarkt und die damit verbundenen sozioökonomischen Implikationen wie folgt:

„Es muss nämlich erlaubt sein, auf eine Form der Einwanderung zu schauen, die der Volkswirtschaft heute wenig bringt und den Steuerzahlern schwer nachvollziehbare Belastungen abverlangt. Die Zahlen sind ein einziges Desaster. Die Arbeitslosenquote der türkischen Bevölkerung ist mehr als doppelt so hoch wie bei der deutschen. In Berlin, der Stadt mit der größten türkischen Kolonie außerhalb der Türkei (122000), liegt sie seit Ende der neunziger Jahre sogar bei 40 Prozent. Die Zahl der Türken, die von der Sozialhilfe leben: prozentual mehr als dreimal so hoch wie ihr Anteil an der Bevölkerung. Insgesamt waren 2001 nur noch 44 Prozent der Türken in Deutschland erwerbstätig, Tendenz weiter sinkend (Deutsche und EU-Ausländer: über 60 Prozent). Das durchschnittliche Renteneintrittsalter der Türken in Berlin liegt aufgrund massenhafter Berufsunfähigkeit bei rund 50 Jahren. Von einem ausgeglichenen Verhältnis zwischen eingezahlten Beiträgen und Auszahlung kann hier schon lange keine Rede mehr sein. Es ist, als werde das Prinzip der Einwanderung auf den Kopf gestellt, nach dem Menschen ihre Heimat verlassen, um sich selbst, spätestens aber ihren Kindern mit eigener Hände Arbeit eine bessere Zukunft zu schaffen.“

2007

Im Jahre 2007 thematisierte der Historiker Prof. Hans-Ulrich Wehler (2007) den verbreiteten Analphabetismus und die Bildungsferne insbesondere der Türken in Deutschland und verwies auf damit einhergehende Belastungen des deutschen Sozialsystems:

„Die Bildungsferne der überwiegend aus Anatolien stammenden Zuwanderer, oft – namentlich die Frauen – Analphabeten, hat sich verhängnisvoll fortgesetzt. Dem Argument, dass die Deutschen schon wegen ihrer schrumpfenden Kinderzahl auf türkische Zuwanderung angewiesen seien, um die Sozialsysteme zu stabilisieren, muss entgegengehalten werden, dass die türkischen Arbeitsmigranten bereits seit langem ein Zuschussgeschäft für den deutschen Sozialstaat sind und alles andere tun, als zur Stabilisierung der disproportional beanspruchten Versicherungssysteme beizutragen.“

### 2008

Im Jahre 2008 hatten 72% der in Deutschland lebenden türkischen Zuwanderer im Alter zwischen 22 und 24 Jahren keine Berufsausbildung (Jörges 2008). Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, die 2008 veröffentlicht wurde, waren zum Erhebungszeitpunkt 33% der in Berlin ansässigen Zuwanderer im erwerbsfähigen Alter arbeitslos. Die Arbeitslosenquote der Türken (inkl. passdeutscher Türken) in Berlin lag sogar bei 44%. 75% der Türken in Berlin hatten der Studie zufolge keinen Schulabschluss. Die Studienautoren bezeichneten diese Befunde als „dramatisch“ (taz 2008).

### 2009

Im Jahre 2009 verfügten 72% der Türken in Deutschland im erwerbsfähigen Alter (vgl. Türken in Österreich im Jahre 2008: 81%) über keinerlei berufliche Qualifikation (News.at 2008; Spiegel 2009). Laut einer 2009 erschienenen Studie des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit ist die Lebensspanne, in der Türken und passdeutsche Türken in Deutschland mehr in die Sozialsysteme einbezahlen als sie entnehmen, im Mittel 16 Jahre kürzer als bei ethnisch Deutschen. Zudem sind die von Türken durchschnittlich eingezahlten Beträge deutlich geringer als jene ethnisch deutscher Arbeitnehmer (Caldwell 2009).

Die im Jahre 2009 vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung veröffentlichte Studie 'Zur Lage der Integration in Deutschland' gehört zu den wenigen einschlägigen Studien, die zwischen Zuwanderergruppen differenzieren (Woellert et al. 2009). Zu diesem Zweck entwickelten die Studienautoren einen Index zur Messung der 'Integration' verschiedener Gruppen in den deutschen Arbeitsmarkt. Die Index-Skala reicht von 1 (= ungenügende Arbeitsmarktintegration) bis 8 (= gelungene Arbeitsmarktintegration). Bei der Berechnung der Indexwerte wurden folgende Faktoren berücksichtigt: Erwerbslosenquote, Erwerbspersonen, Jugenderwerbslosenquote, Hausfrauenquote, Selbstständige<sup>2</sup>, Beschäftigte im öffentlichen Dienst und Vertrauensberufe. Auf Basis dieser Kriterien ermittelten die Autoren der Studie folgende Indexwerte für die Arbeitsmarktintegration (Elger et al. 2009):

| Herkunft                                     | Indexwert |
|--|-----------|
| EU-25 Länder <sup>3</sup> (ohne Deutschland) | 6,0       |
| Südeuropa                                    | 5,1       |
| deutsche Aussiedler                          | 4,9       |
| Ferner Osten                                 | 3,6       |
| ehemaliges Jugoslawien                       | 3,4       |
| Naher Osten                                  | 3,1       |
| Afrika                                       | 2,6       |
| Türkei                                       | 1,7       |

Tab. 1: Arbeitsmarktintegration nach Herkunftsgruppen.

Die ermittelten Indexwerte lassen sich wie folgt interpretieren:

- Die Arbeitsmarktintegration der deutschen Aussiedler und der Europäer aus EU-Mitgliedsländern gelingt vergleichsweise gut. Negativ beeinflusst werden die europäischen Indexwerte insbesondere durch aus Osteuropa zugezogene 'Zigeuner'<sup>4</sup>.
- Die 'Integration' von Zuwanderergruppen aus dem 'fernen Osten' in den deutschen Arbeitsmarkt gestaltet sich im Vergleich zu den europäischen Ethnien bereits deutlich schwieriger. Der ermittelte Indexwert wird vermutlich von den ostasiatischen Zuwanderern gehoben und von fernöstlichen Afghanen und Pakistanern gedrückt.
- Nochmals niedriger als der Indexwert für 'Fernost' ist der Indexwert für die ethnisch, kulturell und religiös heterogene Zuwanderergruppe aus dem ehemaligen Jugoslawien. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich kulturnahe Kroaten und Serben im Mittel besser in den deutschen Arbeitsmarkt 'integrieren' lassen als muslimische Albaner und Bosniaken oder vom Balkan eingereiste Zigeuner, ist relativ hoch.
- Wiederum niedriger ist der Indexwert für Zuwanderer aus dem Nahen Osten. Dabei gilt zu berücksichtigen, dass sich bspw. säkular geprägte iranische Eliten, die 1979 zahlreich vor der islamischen Revolution nach Deutschland flohen, im Mittel besser in den Arbeitsmarkt 'integrieren' lassen als Unterschichtenzuwanderer mit archaischen Wertvorstellungen aus arabischen Ländern.
- Mangelhaft ist die Arbeitsmarktintegration arabischer Zuwanderer aus Nordafrika und schwarzafrikanischer Zuwanderer.
- Die 'Integration' der Türken in den deutschen Arbeitsmarkt ist schlechterdings ungenügend.

Der nachfolgend zitierte Befund von Sarrazin (2010: 59, 260) bezieht sich zwar nicht explizit auf obige Indexwerte, ist aber inhaltlich weitestgehend deckungsgleich:

„Asylanten und Wirtschaftsflüchtlinge insbesondere aus Afrika sind [...] schlecht ausgebildet und nicht immer leicht zu integrieren. Sie reihen sich ein am unteren Ende des Arbeitsmarktes, an dem wir bereits jetzt hohe Unterbeschäftigung haben. [...] Die Zuwanderer aus dem ehemaligen Jugoslawien, der Türkei und den arabischen Ländern bilden den Kern des Integrationsproblems. [...] Belastbare empirisch-statistische Daten, ob die Gastarbeiter und deren Familien überhaupt einen Beitrag zum Wohlstand erbracht haben oder erbringen werden, gibt es nicht. Für Italiener, Spanier und Portugiesen wird man diese Frage wohl bejahen können, weil ihr Familienzuzug geringer

war und die meisten wieder in ihre Heimatländer zurückgekehrt sind. Für Türken und Marokkaner wird man sie sicher verneinen können.“

Die Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung sorgte nach ihrer Veröffentlichung vor allem deshalb für ein breites Medienecho, weil sie – wie eingangs erwähnt – im Gegensatz zu zahlreichen anderen Studien zwischen Zuwanderergruppen differenziert. Die *Welt* kommentierte die Studienergebnisse wie folgt: „Obwohl die meisten Türkischstämmigen seit langem hier leben und knapp die Hälfte von ihnen hier geboren wurde, zeigen viele kaum Bereitschaft, sich in die Gesellschaft einzugliedern. Keine Zuwanderergruppe unterscheidet sich im Negativen mehr von den Deutschen: Türken sind im Durchschnitt schlechter gebildet, schlechter bezahlt und häufiger arbeitslos.“ (Solms-Laubach 2009) Der *Spiegel* hob in seiner Berichterstattung über die Befunde der Studie hervor, dass auch die massenhafte Einbürgerung türkischer Zuwanderer nicht wesentlich zu einer verbesserten Arbeitsmarktintegration beigetragen hat: „Ein knappes Drittel der Türkischstämmigen besitzt einen deutschen Pass – die Eingebürgerten stehen besser da als die Landsleute mit türkischem Pass, aber schlechter als alle anderen Zuwanderer.“ (Elger et al. 2009)

Türkisch-muslimische Lobbyverbände übten wenig fundierte Kritik an der Studie und formulierten – unbegründete – Zweifel an deren Ergebnissen. Unter anderem kommentierte der damalige sogenannte 'Dialogbeauftragte der DITIP' Bekir Alboga: „Wir werden uns sehr kritisch mit dieser Studie auseinandersetzen müssen. Solche Aussagen zu formulieren fällt häufig leichter, als sie dann tatsächlich auch an wissenschaftlichen Standards gemessen zu verifizieren.“ (zit. n. Welt 2009) Dabei liegt der Wert der Studie gerade darin, dass sie 'wissenschaftlichen Standards' gerecht wird. Der *Stern* kommentierte die Faktenresistenz türkisch-islamischer Verbände wie folgt: „Unermüdlich behaupten türkische Verbandsvertreter, man könne Einwanderer nicht vergleichen, ohne die Atmosphäre zu vergiften. Hinter dieser Abwehr steht die Angst vor der Blamage. Das ist verständlich.“ (Schönfeld 2009)

### 2010

Im Jahre 2010 stellte Sarrazin (2010: 282) fest: „Relativ zur Erwerbsbevölkerung leben bei den muslimischen Migranten viermal so viel Menschen von Arbeitslosengeld und Hartz-IV wie bei der deutschen Bevölkerung: Bei den muslimischen Migranten entfallen auf 100 Menschen, die ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Erwerbstätigkeit bestreiten, 43,6 Menschen, die überwiegend von Arbeitslosengeld und Hartz-IV leben, bei der deutschen Bevölkerung sind es 10,4.“

Allein die Mitglieder des libanesischen Miri-Clans in Bremen kassierten 2010 Hartz-IV-Leistungen in Höhe von 5,17 Millionen Euro und Kindergeld in Höhe von 1,77 Millionen Euro (Bild 2010).

2010 hatten lediglich 2% der Türken in Deutschland einen akademischen Abschluss (vgl. Türken in Österreich im Jahre 2008: ebenfalls 2%), bei den Deutschen waren es hingegen 20% (News.at 2008; Weiss 2012: 397).

### 2011

Laut einer 2011 durch das Arbeits- und Integrationsministerium NRW veröffentlichten Studie mit dem Titel 'Muslimisches Leben in Nordrhein-Westfalen' leben in dem Bundesland 21,6% der muslimischen Haushalte von staatlichen Transferleistungen (Frigelj 2011). Dieser relative Wert mutet vergleichsweise niedrig an, da der Einpersonenhaushalt eines säkularen, gut ausgebildeten und erwerbstätigen Kulturdeutschen aus einem muslimischen Herkunftsland in der Statistik genauso gewichtet wird, wie ein zahlenstarker, kinderreicher und muslimischer Unterschichtenhaushalt ohne erwerbstätige Personen. Es liegt nahe, dass die Bezugsgröße 'muslimische Haushalte' aus diesem Grunde gewählt wurde. Aus der Studie geht ebenfalls hervor, dass 16% der Muslime in NRW zum Zeitpunkt der Erhebung an 'Integrationskursen' teilgenommen hatten. Von diesen 16% bestanden allerdings lediglich 47%, also nicht einmal jeder zweite Teilnehmer, die Abschlussprüfung (Frigelj 2011). Wer bereits die Abschlussprüfung eines 'Integrationskurses' nicht besteht, wird kaum auf dem deutschen Arbeitsmarkt reüssieren.

| Herkunftsland | Personen |               | relativer Anteil |
|---------------|----------|---------------|------------------|
| Libanon       | 33.424   | von 36.960    | 90%              |
| Irak          | 51.712   | von 79.413    | 65%              |
| Afghanistan   | 25.853   | von 48.752    | 53%              |
| Pakistan      | 13.813   | von 28.578    | 48%              |
| Syrien        | 12.209   | von 28.921    | 42%              |
| Iran          | 21.327   | von 52.132    | 41%              |
| Algerien      | 5.055    | von 13.219    | 38%              |
| Marokko       | 22.205   | von 64.842    | 34%              |
| Nigeria       | 6.074    | von 17.903    | 34%              |
| Kasachstan    | 17.189   | von 52.583    | 33%              |
| Tunesien      | 6.758    | von 22.921    | 29%              |
| Türkei        | 437.099  | von 1.658.083 | 26%              |
| Kosovo        | 10.044   | von 84.043    | 12%              |

Tab. 2: Erwerbsfähige ausländische Hartz-IV-Empfänger nach Herkunftsländern.

„Im Schnitt sind rund 40 Prozent der Hartz-IV-Empfänger Migranten“, musste die Integrationsbeauftragte Maria Böhmer (CDU) bereits im Jahre 2010 einräumen (zit. n. MiGAZIN 2010). Dabei ist der Anteil erwerbsfähiger ausländischer

Hartz-IV-Empfänger aus muslimischen Herkunftsländern im Vergleich zu anderen Zuwanderergruppen und Deutschen besonders hoch (vgl. Tabelle 2). Das belegen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit und des Statistischen Bundesamts aus dem Jahre 2011 (Bild 2011).

Zur Veranschaulichung: Eine durchschnittliche fünfköpfige muslimische Hartz-IV-Familie kostet den deutschen Steuerzahler bei zwanzigjähriger Bezugszeit etwa 380.000 Euro (Ulfkotte 2010: 20).

Auch arbeitsfähige Ausländer aus zahlreichen europäischen und außereuropäischen Herkunftsländern, die nicht mehrheitlich muslimisch sind, beziehen überproportional häufig Hartz-IV-Leistungen (Bild 2011):

| Herkunftsland                   | Personen |     |         | relativer Anteil |
|---------------------------------|----------|-----|---------|------------------|
| Ghana                           | 9.180    | von | 20.893  | 44%              |
| Sri Lanka                       | 11.209   | von | 27.505  | 41%              |
| Ukraine                         | 40.352   | von | 125.617 | 32%              |
| Russland (inkl. Tschetschenien) | 58.142   | von | 189.326 | 31%              |
| Vietnam                         | 23.442   | von | 84.337  | 28%              |
| Mazedonien                      | 13.707   | von | 62.888  | 22%              |
| Serbien                         | 25.857   | von | 164.942 | 16%              |
| Bosnien Herzegowina             | 21.721   | von | 154.565 | 14%              |
| Indien                          | 5.841    | von | 45.638  | 13%              |
| Thailand                        | 5.971    | von | 55.324  | 11%              |
| Kroatien                        | 17.234   | von | 221.222 | 8%               |
| Serbien Montenegro              | 9.371    | von | 122.897 | 8%               |

Tab. 3: Erwerbsfähige ausländische Hartz-IV-Empfänger nach Herkunftsländern

Im Vergleich dazu betrug die Hartz-IV-Quote von Deutschen und „Passdeutschen“ (Kolping o.J.) im Jahre 2011 lediglich 7,5% (Bild 2011). Dabei lag der relative Anteil passdeutscher Hartz-IV-Empfänger signifikant über jenem ethnisch deutscher Hartz-IV-Bezieher. Der deutsche Sozialstaatsmagnet, das belegen die zuvor gelisteten Zahlen, zog demnach bereits vor Beginn der Völkerwanderung nach Deutschland im Jahre 2015 zahlreiche Versorgungsmigranten an.

### 2013–2015

Im Jahre 2013 bezogen 7,38 Millionen Personen Hartz-IV-Leistungen. Im Folgejahr stieg die Zahl der Hartz-IV-Bezieher um 170.000 auf 7,55 Millionen Personen. Der Anstieg im Jahresvergleich resultierte aus signifikant steigenden Asylantenzahlen.<sup>5</sup> Laut Statistischem Bundesamt erhöhte sich die Zahl asylantischer Hartz-IV-Leistungsempfänger zwischen 2013 und 2014 um 61,3% (Dams 2015). Zwischen Januar und September 2015 stieg die Zahl erwerbsloser Hartz-IV-Empfänger aus Asylzugangsstaaten nochmals um 160.000 Personen (FAZ



2015b). Die *FAZ* (2015b) begründete die zunehmende Zahl von Hartz-IV-Asylanten wie folgt: „Besonders schwer bei der Jobsuche tun sich Menschen aus afrikanischen und arabischen Ländern“.

Während die Zahl deutscher Arbeitsuchender zwischen August 2014 und 2015 „um knapp sechs Prozent auf 3,8 Millionen Arbeitsuchende schrumpfte, wuchs sie im gleichen Zeitraum unter den Arbeitssuchenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit um neun Prozent“ und damit auf rund eine Million ausländische Arbeitsuchende (Fründt et al. 2015).<sup>6</sup> Die *Welt* kommentierte den Anstieg wie folgt: „Damit sind überproportional viele Ausländer auf der Suche nach Arbeit. Ihr Anteil an der Bevölkerung liegt bei rund neun Prozent, sie stellen aber 21 Prozent der Arbeitsuchenden. Hinzu kommt, dass in den Zahlen vom August 2015 viele der Flüchtlinge, die vor kurzem in Deutschland angekommen sind, noch nicht erfasst sind.“ (Fründt et al. 2015). Insgesamt bezogen im Jahre 2015 laut Bundesagentur für Arbeit (BA) rund 90% der Asylanten in der BRD auf Hartz-IV-Leistungen (Welt 2015b).

#### 2016

Im zweiten Quartal 2016 ging die Zahl der Grundsicherungsempfänger im Jahresvergleich leicht zurück (-1,2%). Der Bundesagentur für Arbeit zufolge war der Rückgang auf die sinkende Zahl deutscher Hartz-IV-Bezieher zurückzuführen (-240.000 bzw. -5,2%). Im Gegensatz dazu war im zweiten Quartal 2016 bereits jeder vierte Empfänger von Arbeitslosengeld II ein Ausländer, ein Anstieg von 12,4% auf 1,5 Millionen Personen gegenüber dem zweiten Quartal 2015.

Die Zahl syrischer Hartz-IV-Empfänger stieg binnen Jahresfrist um 195,1% auf 242.000 Personen an (vgl. 2011: 12.209 Personen). Die Zahl eritreischer Hartz-IV-Bezieher stieg sogar um 229%. Außerdem erhöhte sich einer BA-Sprecherin zufolge die Zahl 'bulgarischer' und 'rumänischer' Hartz-IV-Empfänger auf 72.000 (vgl. 2. Quartal 2014: 32.273 Personen; 2. Quartal 2015: 54.000 Personen) bzw. 60.000 Personen (vgl. 2. Quartal 2014: 26.422 Personen). Bei der Mehrzahl sogenannter 'bulgarischer' und 'rumänischer' Hartz-IV-Empfänger handelt es sich nicht um Bulgaren und Rumänen, sondern um aus diesen Ländern zugewanderte Zigeuner. Beispiel Duisburg: Dort stiegen die gezahlten staatlichen Leistungen für bulgarische Staatsangehörige zwischen Anfang 2010 und Mitte 2013 um 852%, bei rumänischen Staatsangehörigen lag der Anstieg bei 223%. Insgesamt bekamen Staatsangehörige aus beiden Ländern Mitte 2013 etwa 300.000 Euro pro Monat vom Duisburger Jobcenter ausgezahlt (IfS 2015: 34ff.; Kramer 2016; SZ 2015).

2017

Im zweiten Quartal 2017 sank die Zahl deutscher Hartz-IV-Empfänger im Jahresvergleich um 5,4%. Die Zahl der Ausländer in Hartz-IV-Bezug stieg hingegen um 37,5% auf 1,9 Millionen Personen. Dieser Anstieg war insbesondere auf Personen aus den folgenden muslimischen und europäischen Herkunftsländern zurückzuführen (Focus 2017):

| Herkunftsland | Personen          |                   |
|---------------|-------------------|-------------------|
|               | absoluter Anstieg | relativer Anstieg |
| Syrien        | 509.696           | 173,4%            |
| Eritrea       | 31.442            | 144,0%            |
| Afghanistan   | 65.443            | 82,7%             |
| Somalia       | 9.172             | 82,0%             |
| Irak          | 110.529           | 81,5%             |
| Rumänien      | 66.192            | 12,8%             |
| Bulgarien     | 82.533            | 15,8%             |

Tab. 4: Ausländische Hartz-IV-Bezieher nach Herkunftsländern.

Die Zahlen verdeutlichen, dass der deutsche Asylmagnet insbesondere Araber, Schwarzafrikaner und Zigeuner in die BRD lockt.

Im Jahre 2017 waren in Deutschland durchschnittlich 2,533 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet. Zum Jahresende 2017 lag die Zahl bei 2,384 Millionen Personen, darunter 1,754 Millionen Deutsche und Passdeutsche sowie 624.000 Ausländer. Als arbeitssuchend gemeldet waren zudem 4,595 Millionen Personen, darunter 3,192 Millionen Deutsche und Passdeutsche sowie 1,387 Millionen Ausländer. Folglich lag die Zahl arbeitsloser und arbeitssuchender Ausländer bei rund 2 Millionen Personen (BA 2018).

In den kommenden Jahren werden „die zusätzlichen Arbeitslosen in der Statistik“ dem Arbeitsökonom und Leiter des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) Klaus Zimmermann zufolge „überwiegend Flüchtlinge sein.“ (zit. n. Schipper 2015) Für 2019 rechnet Andrea Nahles (SPD) mit mindestens einer Million Hartz-IV-Asylanten (Welt 2015a).

## 2. Arbeitsmarktintegration nach Herkunftsgruppen – eine Bilanz

Die Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern aus EU-Mitgliedsländern gelingt vergleichsweise gut. Dennoch lassen sich einige Zuwanderergruppen aus europäischen Ländern – das gilt insbesondere für Zigeuner – kaum in den Arbeitsmarkt 'integrieren'!

Vergleichsweise gut in den Arbeitsmarkt 'integrieren' lassen sich zudem ostasiatische Zuwanderer. Doch auch innerhalb dieser Zuwanderergruppe gibt es Problemgruppen. Im Jahre 2011 bezogen immerhin 28% aller Vietnamesen in Deutschland Hartz-IV. So vorbildlich 'arbeitsmarktintegriert' wie oftmals behauptet (siehe bspw. Herles 2009) sind die Vietnamesen also nicht.

Schwarzafrikanische Zuwanderer lassen sich schlecht in den deutschen Arbeitsmarkt 'integrieren'. Bereits vor Beginn der Völkerwanderung nach Deutschland im Jahre 2015 lebten mehr als 50% der in der BRD ansässigen Schwarzafrikaner von Transferleistungen (Hinz 2010: 10).

Sehr schlecht in den Arbeitsmarkt und zugleich sehr gut in die deutschen Sozialsysteme 'integriert' sind Zuwanderer aus muslimischen Herkunftsländern. Laut Sarrazin (2010: 262) zeichnen die Muslime in Deutschland für 70% bis 80% aller Probleme mit Zuwanderern in den volkswirtschaftlich relevanten Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung, Kriminalität und Transferleistungen verantwortlich: „Weit ausgeprägter noch als andere Migrantengruppen haben Muslime in Deutschland eine unterdurchschnittliche Beteiligung am Arbeitsmarkt, unterdurchschnittliche Erfolge im Bildungswesen und eine überdurchschnittliche Quote von Transferleistungsempfängern sowie eine überdurchschnittliche Beteiligung an der Gewaltkriminalität.“<sup>7</sup> Besonders hohe Hartz-IV-Bezugsquoten weisen Zuwanderer aus jenen muslimischen Ländern auf, aus denen die meisten Völkerwanderer, die seit 2015 illegal nach Deutschland einreisen, stammen.

Die Probleme von Muslimen am deutschen Arbeitsmarkt lassen sich nicht pauschal durch Diskriminierung oder Rassismus erklären. Schließlich fallen nichtmuslimische Zuwanderergruppen, beispielsweise Ostasiaten, durch ihr Äußeres mindestens genauso auf wie muslimische Araber, Schwarzafrikaner oder Türken. Zudem können rassistische Erklärungsmuster anhand der oben angeführten Hartz-IV-Statistik aus dem Jahre 2011 (Hartz-IV-Quote bei Libanesen: 90%; Hartz-IV-Quote bei Thailändern: 11%) unschwer widerlegt werden. Dass die mehrheitlich hinduistischen Inder an Arbeitsmärkten europäischer Länder deutlich erfolgreicher sind als die derselben Ethnie zugehörigen mehrheitlich muslimischen Pakistaner, haben Laqueur (2007: 44) und Sarrazin (2010: 285) am Beispiel Großbritanniens aufgezeigt. Dieser Umstand lässt sich ebenfalls anhand der deutschen Hartz-IV-Statistik belegen. Im Jahre 2011 lag die Hartz-IV-Quote der erwerbsfähigen Inder in Deutschland bei 13%, die der Pakistaner hingegen bei 48%.

Dies legt die Vermutung nahe, dass sich die mangelhafte 'Integration' der Muslime in den deutschen Arbeitsmarkt größtenteils mit kultur- und religionsimmanenten Faktoren erklären lässt. In einer im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales erstellten Studie mit dem Titel 'Wirkungen des SGB II auf Personen mit Migrationshintergrund' aus dem Jahre 2009 findet sich folgender Hinweis: „Bei Deutschen ohne Migrationshintergrund im SGB II

Leistungsbezug wirkt sich die Äußerung einer relativ starken religiösen Bindung mit Relevanz für das Verhalten in der Arbeit positiv auf die Wahrscheinlichkeit der Arbeitsaufnahme und das Verlassen des Leistungsbezugs aus, dagegen negativ bei den Hilfebedürftigen mit türkischem Migrationshintergrund.“ (Knuth et al. 2009: 6, 21) Mit anderen Worten: Eine starke christlich-religiöse Bindung wirkt sich offenkundig positiv auf die Eingliederung in den Arbeitsmarkt aus, eine starke muslimisch-religiöse Bindung hingegen negativ.

Für ein kulturelles und religiöses Erklärungsmuster spricht ebenfalls, dass 50% der türkischen Sozialleistungsempfänger in Deutschland angeben, die Befolgung religiöser Gebote sei auch am Arbeitsplatz wichtig. 15% der türkischen Frauen geben zudem an, auch dann nicht von islamischen Bekleidungs Vorschriften abweichen zu wollen, wenn religionsneutrale Kleidung am Arbeitsplatz notwendig ist (Sarrazin 2010: 285f). Menschen mit derartigen religiös motivierten Einstellungen und Ansprüchen sind in zahlreichen Segmenten des deutschen Arbeitsmarktes nur schwer vermittelbar. „Die Religion mag eine Rolle spielen“, schlussfolgerte Herles (2009) bereits Ende der 2000er Jahre. Und weiter: „Eine kluge Einwanderungspolitik hätte längst Konsequenzen aus diesen Erkenntnissen gezogen.“ Bekanntlich kam es anders. Die BRD-Funktionseliten ignorierten und beschwiegen die erdrückende und im vorliegenden Artikel dargestellte Faktenlage, mit allen damit verbundenen dramatischen sozioökonomischen Implikationen.

Zum Autor:

Dr. Jan Moldenhauer, 1980, studierte Wirtschaftswissenschaften in Köln, London und Liverpool, ist Vorsitzender der Friedrich-Friesen-Stiftung und arbeitet als Assistent des Fraktionsvorstandes und leitender Referent für die Landtagsfraktion der AfD in Sachsen-Anhalt.

## Anmerkungen

1. vgl. Kubitschek und Paulwitz (2011: 31): „Der 'Migrantenbegriff' ebnet bewusst notwendige Differenzierungen ein, indem er den deutschstämmigen Aussiedler aus Osteuropa, den orthodoxen Russen, den katholischen Italiener oder Spanier mit muslimischen Türken und Arabern in einen Topf wirft, den ins Sozialsystem eingewanderten Analphabeten mit dem aus politischen Gründen emigrierten und aufstiegswilligen Akademiker vermengt. Es dient einem kalkulierten Zweck, wenn die Zahl der Einwohner und Bürger 'mit Migrationshintergrund' maximal ausgeweitet wird.“
2. Bei den Selbstständigen sind die Muslime im Vergleich zu den Deutschen und anderen Migrantengruppen signifikant unterrepräsentiert. Bei der überwiegenden Zahl der wenigen muslimischen Selbstständigen handelt es sich nicht um Gründer innovativer 'Hightech'-Unternehmen, sondern um Gemüsehändler und Dönerladenbesitzer (Sarrazin 2010: 283).
3. Zum damaligen Zeitpunkt hatte die EU 25 Mitglieder.
4. „Darf man noch Zigeuner sagen?“, titelte und fragte der *Stern* im Jahre 2015 und resümierte, dass es eine eindeutige Antwort nicht gebe, das Problem sei mithin „knifflig“. In Bulgarien, Rumänien, der Slowakei, Tschechien, Ungarn und anderen europäischen Ländern verwenden viele Zigeuner die Bezeichnung „mit Stolz“, andere empfinden bei dem Wort „Scham“ (Depcke 2015). Den politikkorrekten Furor der BRD-Eliten ignorierend und aufgrund dessen, dass sich nicht einmal die so benannte Personengruppe darüber einig ist, ob der Begriff nun als Gruppenzuschreibung verwendet werden sollte, oder eben nicht, werden Zigeuner im Folgenden – natürlich wertneutral – auch als Zigeuner bezeichnet.
5. Nach 15 Monaten werden Asylanten normalen Arbeitnehmern in den Sozialsystemen gleichgestellt und haben dann Anspruch auf Arbeitslosengeld II (Welt 2016).
6. Anhand der Begrifflichkeiten 'Arbeitslose' und 'Arbeitsuchende' lässt sich die Manipulation der deutschen Arbeitslosenstatistik veranschaulichen: Im August 2015 lag die Zahl arbeitslos *gemeldeter* Personen bei 2,8 Millionen. Die Zahl Arbeit *suchender* Personen – darunter u.a. in Fortbildungsmaßnahmen befindliche Personen – lag hingegen bei 4,8 Millionen (FAZ 2015a).
7. Im westeuropäischen Ausland stellt sich die Lage ähnlich dar. Im Vergleich zu allen anderen Glaubensgruppen verfügen Muslime in Großbritannien und Frankreich im Mittel über eine geringere berufliche Qualifikation (40% haben in Großbritannien gar keine) und sind häufiger arbeitslos. In Dänemark werden 40% der Sozialleistungen durch Muslime in Anspruch genommen, obwohl ihr Bevölkerungsanteil lediglich bei 5% liegt (Laqueur 2007: 70, 85).

## Literaturverzeichnis

- BA (Bundesagentur für Arbeit) (Hrsg.) (2018). Migrations-Monitor Arbeitsmarkt – Eckwerte. 03.01.2018, <http://bit.ly/2mfOz8y>.
- Bild (2010). So viel kassiert der Miri-Clan vom Staat. 29.11.2010, <http://bit.ly/1V1MkSM>.
- Bild (2011). So unterschiedlich sind die Hartz IV-Quoten. 10.11.2011, <http://bit.ly/1R21hgN>.
- Caldwell, C. (2009). Einwanderung in die Sozialsysteme. FAZ 08.12.2009, <http://bit.ly/1RDVG3z>.
- Dams, J. (2015). Mehr Hartz-IV-Empfänger durch Flüchtlinge. Welt 01.12.2015, <http://bit.ly/1TdDSeE>.
- Depcke, A. (2015). Diskussion über Sinti und Roma. Darf man heutzutage noch Zigeuner sagen? Stern 28.04.2015, <http://bit.ly/2CW17Kj>.
- Elger, K. et al. (2009). Für immer fremd. Spiegel 26.01.2009, <http://bit.ly/1IJRKxb>.
- FAZ (2015a). Fast 2,8 Millionen Arbeitslose im August. 01.09.2015, <http://bit.ly/1XaO5x6>.
- FAZ (2015b). Zahl der arbeitslosen Migranten steigt an. 16.10.2015, <http://bit.ly/1Lx14nD>.
- Focus (2017). Große Staatenübersicht. Wie viele Ausländer Hartz IV beziehen – und wo sie herkommen. 02.06.2017, <http://bit.ly/2Cz3Gkc>.
- Frigelj, K. (2011). NRW – Fast ein Viertel der Muslime lebt vom Staat. Welt 16.01.2011, <http://bit.ly/1rNjR7P>.
- Fründt, S. et al. (2015). Die große Hürde für Flüchtlinge bei der Jobsuche. Welt 08.09.2015, <http://bit.ly/1FxFd9I>.
- Herles, W. (2009). Die Einwanderungspolitik folgt falschen Maßstäben. Deutschlandfunk 13.02.2009, <http://bit.ly/1V4EIr>.
- Hinz, T. (2010). Sarrazin lesen – ein Lektüredurchgang. Sezession Oktober, S. 8-13.
- IfS/Institut für Staatspolitik (Hrsg.) (2015). Wissenschaftliche Reihe – Heft 26, Der Bereicherungsmythos. Die Kosten der Einwanderung nach Deutschland. Schnellroda.
- Jörges, H.-U. (2008). Die vergrabene Bombe. Stern 08.08.2008, <http://bit.ly/1Xt83DM>.
- Knuth, M. et al. (2009). Wirkungen des SGB II auf Personen mit Migrationshintergrund: Projekt Ila1 – 04/06; Jahresbericht zum 31.12.2007 – Hauptband / Kurzfassung der Ergebnisse. Hrsg.: Bundesministerium für Arbeit und Soziales et al., Duisburg, <http://bit.ly/2CM2Dl8> / <http://bit.ly/2m8BTRC>.

- Kolping – Berufsförderungszentrum Paderborn (o.J.). Beruf & Sprache – Berufsbezogene Deutschförderung, <http://www.kolping-kbo.de/81-Unser-Angebot/594-Sprachkurse/595-Berufsbezogene-Deutschfoerderung.html>.
- Kramer, S. (2016). Jeder vierte Hartz-IV-Empfänger ist Ausländer. Tagesspiegel 01.08.2016, <http://bit.ly/2bKcZo4>.
- Kubitschek, G. und Paulwitz, M. (2011). Deutsche Opfer, fremde Täter. Ausländergewalt in Deutschland. Hintergrund – Chronik – Prognose. Schnellroda: Antaios.
- Laqueur, W. (2007). The Last Days of Europe. Epitaph for an Old Continent. New York: Thomas Dunne Books/St. Martin's Press.
- Lorenzo, G. di (2004). Drinnen vor der Tür. Auch nach drei Generationen sind die Türken in Deutschland nicht angekommen. Zeit 30.09.2004, <http://bit.ly/1ThEKyQ>.
- MiGAZIN (2010). Hartz IV-Regelsätze trifft Migranten in hohem Maße. 10.02.2010, <http://bit.ly/1OAdLlf>.
- Moldenhauer, J. (2018). Die Kosten der Zuwanderung in die BRD und nach Westeuropa – eine Meta-Analyse. Konservative Arbeitsblätter. Beitrag I, Friedrich-Friesen-Stiftung. Magdeburg.
- News.at (2008). OECD-Studie über Migration und Bildung: Anteil der Akademiker bei Migranten höher. 20.02.2008, <http://bit.ly/1R65kIY>.
- Sarrazin, T. (2010). Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Schipper, L. (2015). Arbeitsmarkt in Deutschland. Drücken die Flüchtlinge unsere Löhne? FAZ 20.09.2015, <http://bit.ly/1R6Ayzv>.
- Schönfeld, G.-M. (2009). Sarrazin hat recht. Stern 09.10.2009, <http://bit.ly/1V7JDz7>.
- Solms-Laubach, F. (2009). Warum Türken bei der Integration nicht mitspielen. Welt 25.01.2009, <http://bit.ly/1Na1PpK>.
- Spiegel (2009). Böhmer fordert mehr Engagement der Politik. 26.01.2009, <http://bit.ly/25aGpB6>.
- SZ (Sächsische Zeitung) (2015). Hoher Anteil von Bulgaren bezieht Hartz IV. 22.08.2015, <http://bit.ly/1TGyOiv>.
- taz/Die Tageszeitung (2008). Türken gehen in Berlin unter. 27.08.2008, <http://www.taz.de/!22166/>.
- Ulfkotte, U. (2010). Kein Schwarz. Kein Rot. Kein Gold. Armut für alle im „Lustigen Migrantenstadl“. 2. Auflage, Rottenburg: Kopp.
- Wehler, H.-U. (2007). Türkenprobleme ohne Ende. Deutschlandfunk 26.08.2007, <http://bit.ly/1LSOWwO>.
- Weiss, V. (2012). Die Intelligenz und ihre Feinde. Aufstieg und Niedergang der Industriegesellschaft. Graz: Ares.

- Welt (2009). Islamwissenschaftler kritisiert Integrationsstudie. 26.01.2009, <http://bit.ly/23WtRYq>.
- Welt (2015a). „Eine Million mehr Hartz-IV-Empfänger durch Flüchtlinge“. 09.10.2015, <http://bit.ly/1GA2sQT>.
- Welt (2015b). Flüchtlinge sollen Arbeitsmarktstatistik nicht verderben. 03.12.2015, <http://bit.ly/1NxU1hX>.
- Welt (2016). Kassen entsteht durch Flüchtlinge ein Milliardendefizit. 17.02.2016, <http://bit.ly/1mGEqj7>.
- Woellert, F. et al. (2009). Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland. Hrsg.: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.